

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

**Initiativ-Antrag Nr. ....  
zum UB-Parteitag Oldenburg-Stadt am**

**Antragsteller: AfA Stadt Oldenburg**

*Bemerkungen:*

**KAUF VON GSG ANTEILEN**

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Das der Punkt I Nr. 1 wie folgt geändert wird:

Unter der Bedingung, dass Anteile an der GSG von der Stadt angekauft werden, so dass die Stadt Anteile von mehr als 50% in ihrem Besitz hält, soll die GSG bei der Schaffung von preiswertem Wohnraum, insbesondere durch den Verkauf von Grundstücken, unterstützt werden.

Begründung:

Die GSG ist keine städtische Wohnungsbaugesellschaft. Damit die GSG im Sinne der Forderungen der SPD in die Pflicht genommen werden kann, muss die Stadt die Möglichkeit haben wirklich Einfluss auf das Handeln der GSG auszuüben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dies mit einem Anteil von 34,5 Prozent nicht möglich ist.

Weiterleiten an:

FdR.: \_\_\_\_\_  
Unterschrift Vorsitzende/r Untergliederung

## **Resolution: Situation an unseren Schlachthöfen sofort und langfristig verbessern.**

Die SPD Oldenburg fordert

- 1) die beteiligten Behörden auf umfassend den Vorfall bei Standartfleisch GmbH & Co KG aufzuklären
- 2) die Zuverlässigkeit des Betreibers zu prüfen
- 3) das Veterinärwesen neu aufzustellen
- 4) eine Videoüberwachung der Produktionskette
- 5) die Bundestagsfraktion dazu auf, auf ein Verbot des Werkvertrageinsatzes auf Stammarbeitsplätze in der Fleischindustrie hinzuwirken. Kleine prozentuale Abweichungen dürfen nur unter besonderen Bedingungen erfolgen.

### **Begründung:**

Am Schlachthof Standartfleisch GmbH & Co KG sind in den letzten Tagen Videoaufzeichnungen öffentlich geworden, die auf unerträgliche Weise dokumentieren, wie mit den Tieren umgegangen wird. Dieser Schlachthof hat bereits 30 Strafanzeigen bekommen. Trotzdem scheint es erst durch den öffentlichen Druck möglich etwas zu verändern. Die Beteiligten sind aufgefordert umfassend den Vorgang aufzuklären und Konsequenzen einzuleiten. Hier ist die Zuverlässigkeit des Betreibers zu prüfen, das Veterinärwesen neu aufzustellen und eine Videoüberwachung der gesamten Produktionskette sicherzustellen. Die Videoüberwachung ist so vorzunehmen, dass geltende Datenschutz- und Arbeitsschutzbestimmungen weiterhin gewahrt werden.

Zudem wird die SPD Bundestagsfraktion ausdrücklich aufgefordert ein entsprechendes Verbot des Einsatzes vom Werkvertrag auf Stammarbeitsplätzen in der Produktion in der Fleischindustrie zu erwirken und den Werkvertrag ausschließlich auf seine grundsätzliche Funktionsweise, nämlich dem Abfangen von Produktionsspitzen zurückzuführen.

Mit großer Sorge ist festzustellen, dass der Werkvertrag in der Fleischindustrie mittlerweile als überwiegendes Regelarbeitsverhältnis mit der Zielvorgabe eingesetzt wird, die Produktionskosten niedrig zu halten. Die Beschäftigten sind oftmals über ein Subunternehmen beschäftigt und haben keine Mitbestimmungsrechte, keine Betriebsratsstrukturen und müssen ihre Arbeit unter großem Zeitdruck verrichten.

Es gibt zahlreiche Beispiele die belegen, dass beim Einsatz von Werkverträgen auf Stammarbeitsplätzen, die Qualität der Arbeit leidet und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards geschwächt wird.

Initiativantrag zum SPD Parteitag am 10.11.2018

Bebauung Weißenmoor – Weißenmoor muss Landschaftsschutzgebiet werden

Der SPD-Parteitag begrüßt die Initiative des OB Krogmann einen Vorschlag zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes auf den Weg zu bringen. Er fordert die Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg auf, unter Berücksichtigung der Rahmenplanung ein Landschaftsschutzgebiet auszuweisen, das unter Verzicht auf die Pufferzone und unter Berücksichtigung weiterer Naturschutzgebiete ein Landschaftsschutzgebiet ausweist.

1 **Initiativ-Antrag Nr. ....**  
2

3 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Stadtmitte Nord 1**

4 **ZUKUNFTSKONGRESS**

5  
6 **Erneuerung anpacken – jetzt!**

7  
8 Der SPD-Ortsverein Stadtmitte-Nord 1 fordert den Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, die dringend erforderliche grundlegende Erneuerung der Partei mit einem deutlichen Signal endlich auf den Weg zu bringen.

9  
10  
11  
12 Dazu ist eine neue Form der Sammlung von sozialdemokratischen Forderungen und Inhalten zwingend erforderlich. Dies gilt auch für die Umsetzung, die Mittel und Wege einer erneuerten Politik. Zu diesem Zweck ist schnellstmöglich ein

13  
14  
15  
16 **Zukunftskongress**

17 einzuberufen.

18 Dieser Zukunftskongress soll aus etwa 150 Genossinnen und Genossen bestehen. Diese müssen die gesamte Bandbreite der Mitgliederstruktur nach Personen und Regionen widerspiegeln. Dabei darf maximal die Hälfte der Teilnehmer aus Funktionären der Partei bestehen. Darunter fallen Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Minister aus Bund und Ländern, hauptamtliche Parteibesetzte, Vorstandsmitglieder der Bezirks-, Landesvorstände und des Bundesvorstandes wie auch

19  
20  
21  
22  
23  
24  
25 ehemalige Mitglieder, die diese Positionen inne hatten. (=Funktionärsgruppe)

26 Die zweite Hälfte der Teilnehmer besteht aus Genossinnen und Genossen, die kein Amt in einem Ortsverein haben, Vorstandsmitgliedern in Ortsvereinen und Unterbezirken. (=Basisgruppe)

27  
28  
29 Der Zukunftskongress soll in 10 bis 12 Arbeitsgruppen das Zukunftsprogramm 2019 der SPD ausarbeiten. Die Themen und Inhalte dieser Arbeitsgruppen sind nach politischer Wichtigkeit und Aktualität inhaltlich noch festzulegen. Die Arbeitsgruppen werden je zur Hälfte gebildet aus der Gruppe der Funktionäre und der Gruppe der Basis.

30  
31  
32  
33  
34  
35 **Begründung:**

36 Die Entwicklung seit der Bundestagswahl 2017 zeigt bis heute, dass eine inhaltliche und personelle Erneuerung der Partei nicht stattfindet. Die Ergebnisse des Analysepapieres werden nicht beachtet. Der Zustand der Partei ist desolat. Die Zustimmung in der Bevölkerung ist im freien Fall. Vorschläge, Ideen, Gedanken, Erkenntnisse der Bevölkerung und insbesondere der Parteibasis finden bislang keinen Eingang in die konkrete Politik des Bundesvorstandes und die Politik der Groko.

37  
38  
39  
40  
41  
42  
43 Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass die Basis direkt die Erneuerung in die Wege leitet. Eine Erneuerung kann nur von der Basis kommen

44  
45  
46 Weiterleiten an:  
47

*Bemerkungen:*